

Zum Picknick in einer der schönsten Grünanlagen
Zürichs – auf dem Friedhof Sihlfeld **SEITE 20**

Der Innovationspark auf dem Flugplatz Dübendorf
nimmt eine weitere Hürde **SEITE 21**

Wegen Gesetzeslücke ins Altersheim

Weil sie für betreutes Wohnen keine Ergänzungsleistungen erhalten, ziehen viele Senioren früher ins Heim als nötig

JAN HUDEC

Es ist eine der grossen Herausforderungen, die auf uns zukommt: Wie soll in Zukunft die Pflege der alternden Bevölkerung finanziert werden? Schon heute klagen im Kanton insbesondere die Gemeinden über die steigenden Lasten. Und die Lage wird sich weiter verschärfen: Allein bis 2030 soll die Zahl der Pflegebedürftigen um 45 Prozent zunehmen.

Es gibt unterschiedliche Vorstellungen davon, was zu tun ist. Fest steht nur, dass es keine Fehler im System verträgt. Doch diese bestehen heute, davon ist Luca Stäger überzeugt. «Ältere Menschen werden tendenziell immer noch zu früh in ein Pflegeheim verlegt. Das müsste nicht sein», sagt der CEO von Tertianum, einem der grossen Betreiber von Wohn- und Pflegezentren in der Schweiz. Das liegt zum einen daran, dass die Spitex-Angebote noch nicht überall gut genug ausgebaut sind – was verhindert, dass Menschen länger zu Hause leben. Neben Pflegeheimen und den eigenen vier Wänden gibt es allerdings noch eine Zwischenstufe: das betreute Wohnen.

Nicht allen zugänglich

Sowohl private wie auch öffentliche Betreiber setzen vermehrt auf diese Mischform. Sie richtet sich an Menschen, die sich noch eine gewisse Selbstständigkeit bewahren können und wollen, deren Pflegebedarf aber zu gross ist, als dass sie zu Hause leben könnten. Das ist für viele eine gute Lösung, sie ist aber längst nicht allen zugänglich. Schuld ist aus Stägers Sicht das heutige Finanzierungssystem, denn der Staat beteiligt sich nicht an den Kosten für das betreute Wohnen. «Wer selbst nicht über die nötigen Mittel verfügt, kann sich dies nicht leisten.» Das sei nicht nur aus sozialen Gründen problematisch, sondern auch aus finanziellen. Denn den Staat komme die Sache so teuer zu stehen. Das mag auf den ersten Blick erstaunen: Wie soll die öffentliche Hand Kosten sparen, indem sie ein zusätzliches Angebot finanziell unterstützt?

Ein konkretes Fallbeispiel verdeutlicht, warum ebendiese Rechnung aufgehen könnte. Stäger hat zwei Kunden von Tertianum verglichen: einen, der im Heim lebt, und einen, der betreut wohnt. Beide benötigen pro Tag 80 bis 100 Minuten Pflege. Es überrascht denn auch nicht, dass sich die Pflegekosten die Waage halten, in beiden Fällen betragen sie monatlich rund 3000 Franken. Der grosse Unterschied besteht bei den



Viele Pflegeheimbewohner im Kanton sind nicht oder nur leicht pflegebedürftig.

ANNICK RAMP / NZZ

Kosten für Wohnen und Betreuung: Im Heim belaufen sich diese auf 6000, beim betreuten Wohnen auf 3300 Franken.

Wer sich betreutes Wohnen nicht selbst leisten kann, ist heute gezwungen, ins teurere Pflegeheim zu ziehen. Dafür gibt es nämlich Geld vom Staat, und zwar nicht wenig: Für Wohnen, Betreuung und den Selbstbehalt für die Pflege werden im Kanton bis zu 255 Franken pro Tag oder gut 7500 Franken im Monat an Ergänzungsleistungen (EL) ausbezahlt. Stägers Fazit: «Würde der Kanton

auch für betreutes Wohnen Ergänzungsleistungen sprechen, würden sich mehr Personen dafür entscheiden statt für den Heimeintritt. Damit könnte der Staat viel Geld sparen.» Tatsächlich ist der Anteil an Heimbewohnern gerade im Kanton Zürich besonders hoch. Das zeigen Zahlen, welche die Zürcher Gesundheitsdirektion vor einem Jahr publiziert hat. 36 Prozent der Pflegeheimbewohner im Kanton sind nicht oder nur leicht pflegebedürftig. Im Rest der Schweiz liegt dieser Wert bei 20 Prozent.

Und noch etwas ist interessant: Gemäss den Zahlen von Tertianum lebt, wer von zu Hause direkt ins Heim zieht, im Durchschnitt drei Jahre lang im Pflegeheim. Wer sich als Zwischenschritt für betreutes Wohnen entscheidet, der verbringt nur sechs bis neun Monate im Heim. Freilich geht es hier aber nicht nur um Kosten: «Es entspricht auch dem Wunsch der meisten Betagten, sich so lange wie möglich ein hohes Mass an Selbstbestimmung bewahren zu können», sagt Stäger. Dass betreutes Woh-

Andere Kantone fördern betreutes Wohnen

jhu. · Eine klare Definition dafür, was betreutes Wohnen umfasst, gibt es im Kanton Zürich nicht. In der Regel handelt es sich um Wohnungen, in denen zusätzliche Dienstleistungen angeboten werden. Das geht von der Reinigung über das Essen bis zur medizinischen Pflege. Viele dieser Einrichtungen haben ein eigenes kleines Spitex-Team angestellt, das sich um die Pflegebedürfnisse der Bewohner kümmert. Meist

werden auch Gruppenaktivitäten angeboten. Das betreute Wohnen richtet sich an Personen, die in der Regel schon pflegebedürftig sind, aber noch nicht so sehr, dass sie auf die intensive Betreuung in einem Pflegeheim angewiesen wären. Im betreuten Wohnen können sie weiterhin ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen. Die Finanzierung der Leistungen im betreuten Wohnen ist in den meisten Kantonen nicht

geregelt, das gilt auch für Zürich. Lediglich acht Kantone verfügen über rechtliche Grundlagen. Darunter ist auch der Kanton Graubünden, der auf Anfang 2017 das Krankenpflegegesetz angepasst hat, um das betreute Wohnen zu fördern. Damit will der Bündner Regierungsrat nicht bloss die Lücke zwischen Heimen und ambulanten Diensten schliessen, man erhofft sich dadurch auch weniger Kosten.

nen bei den Betagten gefragt sei, zeige sich auch daran, dass neue Angebote jeweils sofort ausgebucht seien.

Auch der Heimverband Curaviva stützt Stägers Sicht: «Es ist davon auszugehen, dass es sich für die Gemeinden lohnen würde, betreutes Wohnen mitzufinanzieren», sagt Claudio Zogg, Geschäftsleiter von Curaviva Kanton Zürich. Belastbare Studien dazu gebe es heute noch nicht, Curaviva arbeite aber an entsprechenden Untersuchungen. «Im Bereich der EL gibt es zurzeit nur zwei Optionen: Entweder man lebt zu Hause oder in einem Heim. Wir haben hier eine Lücke, die wir dringend schliessen müssen.» Denn solange nicht klar geregelt sei, wer was bezahle, scheuten sich auch die Gemeinden, betreutes Wohnen zu fördern. Dabei hätten sie ein grosses Interesse an tieferen Ausgaben bei den Ergänzungsleistungen, da sie diese überwiegend finanzieren müssen. Mittlerweile sei aber einiges in Bewegung, sagt Zogg. Im Herbst ist ein Treffen zwischen Vertretern von Gemeinden, Kanton und Heimen geplant.

Auch die Politik hat das Problem erkannt: Die Kantonsrätinnen Silvia Rigoni (gp.) und Linda Camenisch (fdp.) haben letzten Dezember ein Postulat eingereicht, das den Regierungsrat auffordert zu prüfen, «wie verfrühte und dadurch unnötige Heimeintritte von EL-Bezüglern durch bedarfsorientierte Finanzierung von betreutem Wohnen vermieden werden können». Das Postulat wurde Ende Januar vom Kantonsrat überwiesen. Die für EL zuständige Sicherheitsdirektion hat eine Studie in Auftrag gegeben, die dieser Frage nachgehen wird. Ergebnisse lägen derzeit noch nicht vor, heisst es von offizieller Stelle.

Zürich hat Sparpotenzial

Die Denkfabrik Avenir Suisse hat im vergangenen Jahr allerdings eine Untersuchung zum Thema publiziert. Darin kommt sie zum Schluss, dass das Sparpotenzial durch die Förderung von betreutem Wohnen in den Kantonen stark variiert. Kosten senken könnten damit vor allem jene Kantone, in denen der Anteil leicht pflegebedürftiger in Heimen hoch ist und in denen zugleich der Heimaufenthalt deutlich teurer ist als das betreute Wohnen. Die erste Bedingung ist im Kanton Zürich erfüllt, das zeigen die Zahlen der Gesundheitsdirektion. Und auch der zweite Faktor scheint gegeben zu sein. So jedenfalls sind die Zürcher Heime gemäss Avenir Suisse im nationalen Vergleich überdurchschnittlich teuer.

Ein Baukonzern wird zur Zielscheibe

Weshalb Linksextreme Brandanschläge auf Implenia und weitere Unternehmen verüben

fbi. · Plötzlich lodern Flammen auf der Greencity-Baustelle in Zürich Leimbach. Obwohl die Einsatzkräfte das Feuer am frühen Donnerstagmorgen rasch löschen können, brennen zwei Bagger komplett aus, ein dritter wird beschädigt. Schnell ist klar: Die Baumaschinen brannten nicht wegen eines technischen Defekts, das Feuer wurde absichtlich gelegt. Es hinterlässt einen Sachschaden in der Höhe von hunderttausend Franken.

Die Bagger gehören dem Bauunternehmen Implenia. Nicht zum ersten Mal ist die Firma Ziel eines Brandanschlags geworden. Bereits Anfang August zündeten Unbekannte einen Implenia-Bagger auf einer Baustelle in Schlieren an, im Juni brannte zudem ein Lieferwagen

des Unternehmens in Zürich. Implenia-Sprecherin Natascha Mathyl bestätigt, dass mehrere Fahrzeuge des Unternehmens beschädigt worden sind. Die Firma habe deswegen Anzeige gegen Unbekannt erstattet. Wie sich der Konzern künftig gegen Attacken schützen will, wollte sie mit Verweis auf die laufenden Strafverfahren nicht sagen.

Die Stadtpolizei Zürich ermittelt zwar im jüngsten Fall noch in verschiedene Richtungen, wie Sprecher Marco Cortesi sagt. Doch auch der Polizei sind die Vorfälle der letzten Monate und die dazu publizierten Erklärungen nicht entgangen. Wie diversen, einschlägig bekannten Websites zu entnehmen ist, haben linksextreme Kreise das Bauunternehmen zum Feindbild erklärt,

weil es sich am Bau des neuen Zürcher Polizei- und Justizzentrums (PJZ) sowie am Ausbau des Ausschaffungsgefängnisses Bässlergut in Basel beteiligt. «Alle Unternehmen, Institutionen und Individuen, die Lager und Knäste planen, bauen und verwalten, sind mitverantwortlich für die Erhaltung dieser repressiven Strukturen», heisst es auf einer Website beispielsweise.

Neben Implenia wurden auch andere private Unternehmen und Behörden zum Ziel von Brandanschlägen. Anfang Juli etwa legten Unbekannte auf der Baustelle des PJZ Feuer. Dieses sprang auf eine Trafoanlage über und führte zu einem Stromausfall. Marco Cortesi spricht von einer Häufung solcher Vorfälle in den vergangenen Monaten.

Dass die Linksautonomen auf das Mittel Brandstiftung setzen, kommt nicht von ungefähr: Die Angriffe sind relativ einfach durchführbar und mit wenig Risiko verbunden. Die bisher weitreichendsten Folgen hatte ein Sabotageakt am SBB-Netz in Zürich Nord im Juni 2016. Die Brandstiftung in einem Kabelkanal legte den Bahnverkehr in Zürich während Stunden lahm. Bis heute konnten die Ermittler die Täter jedoch nicht fassen. Einen Monat später erfolgte nach demselben Muster ein Brandanschlag auf einen Funkturm der Polizei in Zürich. Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) verortet die Täterschaft in seinem jüngsten Lagebericht explizit in der anarchistischen Szene. Die SBB und private Unterneh-

men wie die Implenia werden demnach zur Zielscheibe, weil sie von Linksextremen als Teil der «Ausschaffungsmaschinerie» betrachtet würden, schreibt der NDB.

Nicht nur in Zürich kommt es zu Sabotageakten. Auch in Basel findet eine ähnliche Serie statt, wie die «Schweiz am Wochenende» schreibt. Auf einer Internetplattform ist unter anderem eine Liste von am Ausbau des Bässlergut-Gefängnisses beteiligten Firmen aufgeschaltet. Darauf befinden sich die involvierten Bauunternehmen, Architekten und die Privatadresse des Basler Sicherheitsdirektors Baschi Dürr (fdp.). Ein Teil der auf der Liste genannten Personen und Unternehmen wurde bereits Ziel von Attacken.